53. Jahrgang. № 128. Sonntag, 9. Mai 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld. Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

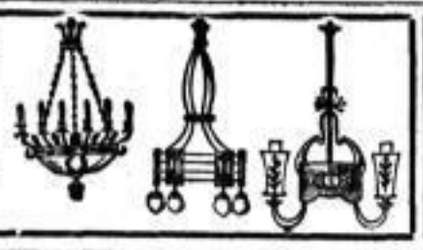
Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Besichtigungsgegenstände Neueste Neuheiten. Aeltere Muster mit 50% Rabatt. Ebeling & Croener Bankstrasse 11.



aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

Kunst-Salon von Emil Richter
Prager Strasse Prager Strasse
Hochzeits- Geschenke.
Geschmackvoll :: Künstlerisch :: Preiswert.

Dr. Brandes' Sarsaparill-Kräuter-Maikur bestschmeckendes und wirksamstes Kräutermittel zur Reinigung und Auffrischung des Blutes und der Säfte. Flasche 1 Mark, verstärkt 1,20 Mark. Alleinverkauf und Versand Salomonis-Apotheke Dresden-A., Neumarkt 8.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Der König begibt sich am 16. Mai nach Sibyllenort.

Im Reichsschatzamt findet morgen eine Konferenz über die Reichswertzuwachssteuer statt.

Bei der Weiterberatung des Kultusetats im preußischen Abgeordnetenhause sprach sich Ministerialdirektor Schwartzkopff gegen die Koedukation aus.

Auf der gestrigen Generalversammlung des Deutschen Bühnen-Vereins in Düsseldorf legte Graf Seebach-Dresden den Entwurf der neuen Bühnen-Vereinssatzungen vor.

Die Meldung, im Jildis sei ein politischer Briefwechsel des Kaisers Wilhelm mit Abdul Hamid aufgefunden worden, wird vom Großwesir für erfunden erklärt.

Der Gesundheitszustand des Sultans Mohammed V. soll zu Besorgnissen Anlaß geben.

König Eduard ist nach London zurückgekehrt.

Die Berufung der desertierten Fremdenlegionäre ist vom Pariser Kassationshof verworfen worden.

Die persischen Revolutionäre gewinnen an Stärke und nähern sich Teheran.

Große Präriebrände richten in Canada schweren Schaden an.

Interessenpolitik und Offensivtaktik des Zentrums.

Der Verlauf der Verhandlungen über die Reichsfinanzreform ist nicht bloß deshalb betrübend, weil bisher kein positives Ergebnis zustande gekommen ist und das große nationale Werk, an dem so unendlich viel hängt, das über die Zukunft des Reiches entscheidet und bei dem unsere Ehre in der empfindlichsten Weise engagiert ist, seit November vorigen Jahres keinerlei sachliche Förderung, sondern im Gegenteil nur Verschleppung, Widerstand und Bekämpfung erfahren hat. Nicht minder bedauerlich und tief beklagenswert sind die Begleitumstände, die sich in den Sitzungen der Finanzkommission und im Anschluß daran in den Organen der öffentlichen Meinung abgespielt haben. Konservative und Liberale scheinen, wenn man nach den Aeußerungen ihrer Presse urteilen darf, alles über Bord geworfen zu haben, was sie durch 2½ Jahre verbunden hat und was sie zum Wohle des Vaterlandes weiter verbinden sollte. Mit ihrer Preßfehde bieten beide ein Schauspiel, an dem zwar die Gegner, Zentrum und Sozialdemokratie, sich weidlich ergötzen, weil es ihre Interessen sind, die davon Vorteil ziehen, das aber jeden tief beschämen muß, der die brennende Not des Vaterlandes über den parlamentarischen Interessen- und Parteistreit stellt.

Aber noch viel beschämender und würdeloser wäre es, wenn schließlich bei dem ungeheuren Aufwand an Kraft und Zeit nichts anderes herauskäme, als daß das Zentrum, das dem abstoßenden Hader unter den Blockparteien schon lange als tertius gaudens zusieht, sich in der Rolle des mühelosen Siegers spreizen und als lachender Erbe vor die Nation hintreten könnte, gewissermaßen mit dem von Reichs wegen ausgestellten Ausweis versehen, daß es ohne das Zentrum nicht geht und daß in deutschen Landen kein großes und gutes Werk gedeihen kann, wenn nicht das Zentrum seinen Segen dazu gibt, wenn nicht jesuitische Kniffe und ultramontane Einflüsse dabei hilfreiche Hand leisten. Nahe daran sind wir. Das Zentrum kann mit den Beschlüssen, die die Finanzkommission anläßlich der Abstimmung über die Wertzuwachssteuer-Anträge gefaßt hat, durchaus zufrieden sein. Ist doch die Kommission wieder einmal lahmgelegt und die Regierung, vor allem der verhaßte Kanzler, in neue und sehr ernste Schwierigkeiten gebracht! Müssen sich aber die gewiegten Intriganten vom Zentrum nicht mit noch weit größerem Behagen die Hände reiben, wenn sie den Ruhm ihrer Partei und damit auch ihren eigenen Ruhm immer häufiger und immer lauter in der mit allen Mitteln gegen die Erbanfallsteuer ankämpfenden konservativen Parteipresse Preußens verkündigen hören? Allgemach muß ja unter solchen Umständen das Zentrum selbst glauben, daß es in Sachen der Reichsfinanzreform stets eine loyale Haltung und Taktik beobachtet habe, und im Lande muß der Eindruck entstehen, als ob das Zentrum, wenn es in seine frühere ausschlaggebende Stellung wieder einrücken und in die Lage kommen sollte, das Verdienst um die Durchführung der Finanzreform für sich in Anspruch zu nehmen, dies etwa einer ehrlichen, rein sachlichen Kampfesweise zu verdanken hätte. Im Interesse der Wahrheit und der Gerechtigkeit, aber auch im Interesse der gerade in diesem Augenblick dringend wünschenswerten Aufklärung der Wählerschaft muß das Zentrum vor solch ungerechtem Lobe bewahrt, müssen die unglaublichen Machenschaften und Winkelzüge, deren sich diese Partei bedient hat, um mit der Finanzreform-Vorlage des leitenden Staatsmannes gleichzeitig das politische System des Fürsten Bülow zum Scheitern zu bringen, in aller Ruhe, aber auch mit aller sachlichen Rücksichtslosigkeit aufgedeckt werden.

Es lassen sich deutlich mehrere Phasen einer zielbewußten, von langer Hand vorbereiteten Offensivtaktik des Zentrums verfolgen. Nach der völlig unverbindlichen Erklärung in der ersten Lesung der Finanzreform-Vorlage, daß das Zentrum einen Bedarf von 500 Millionen Mark als vorliegend ansehe — was auch nichts weiter war als ein Vorstoß gegen die Regierung, denn längst hat auch das Zentrum 500 Millionen neuer Einnahmen für notwendig erklärt! — kennzeichnen das Angebot einer Erweiterung der sogenannten Liebesgabe und die bedingungslose Ablehnung des Nachlaßsteuerprojektes, mit der sich die Partei mit den wenige Jahre zuvor von den Zentrumsabgeordneten Fritzen und am Zehnhoff für die Deszendenten-Nachlaßsteuer abgegebenen Erklärungen in Widerspruch setzte, das erste Stadium der Offensive des Zentrums. Wenig fehlte, und schon damals wäre die Finanzreform, durch die Annahme des Antrages Herold, klerikaler Führung überantwortet worden. Als dieser Plan an der Ablehnung des Antrages gescheitert war, erschien das Zentrum, wohl vorbereitet wie es war, mit einer anderen Taktik auf dem Plan. Anstatt systematisch Gegenzüge zu führen, nahm es jetzt eine abwartende Stellung ein und blieb nach bewährter Zentrumsmethode jede klare Aeußerung über seine Absichten schuldig. Wieder schien es, als sollte das Zentrum, das gewissermaßen hinter der Tür des Beratungszimmers stand, um jeden Augenblick hereinzutreten und sich zum Herrn der Lage zu machen, in diesem Stadium ans Ziel seiner Wünsche gelangen. Da kam die Verhandlung des Reichstages über die innere Politik. Das Zentrum hielt es damals für richtig, ostentativ zu schweigen, zu schweigen in einer Frage, mit der das Wohl und Wehe des Reiches aufs engste verknüpft ist, zu schweigen in einer Frage, die zu einer heiligen Ehrensache der Nation geworden ist, und dieses Schweigen noch dadurch zu unterstreichen, daß von den Rednern aus dem Zentrum mit wohlüberlegter Absicht die elsaß-lothringische und die braunschweigische Frage, und zwar im Sinne der dabei hineinspielenden ausländischen Interessen behandelt wurden. In einem so ungemein kritischen Zeitpunkte konnte diese tief beschämende Handlungsweise nichts anderes besagen, als daß das Zentrum in seinem Kampfe gegen die Regierung, nachdem alle anderen Mittel mehr oder weniger versagt hatten, nunmehr auch das Ausland zu Hilfe rufen wollte. In den gleichen Verdacht hat sich das Zentrum gebracht, als die „Kölnische Volkszeitung" die völlig haltlose Behauptung aufstellte, daß der Reichskanzler dem Ersuchen der Budgetkommission, in eigener Person über die deutsch-englische Rüstungs-Frage Auskunft zu geben, nur deshalb nicht entsprochen habe, weil er hätte eingestehen müssen, daß die Haltung der deutschen Regierung gegenüber England nicht ehrlich und loyal gewesen sei.

Dann kam die Rede des Fürsten Bülow vom 30. März: zu seiner bittersten Enttäuschung mußte das Zentrum erfahren, daß der Kanzler an seinen Rücktritt nicht denkt, solange das Vertrauen des Kaisers und Pflicht und Gewissen ihn an seiner Stelle festhalten. Aber wiederum war das Zentrum schnell gefaßt. Sogleich erfolgte ein neuer Vorstoß, und dieser war auf die Zerstörung des Vertrauensverhältnisses zwischen Kaiser und Kanzler gerichtet. Dem verhaßten Gegner sollte der letzte und stärkste Rückhalt genommen werden. Dasselbe Zentrum, aus dessen Reihen Ende 1906 der Ruf ergangen war: „Vor dem Kommandosäbel weichen wir nicht zurück, wir wollen keinen Cäsarismus!" und in dessen Namen der Abgeordnete Schädler mit handgreiflicher Verhöhnung der aus Bückeburg datierten kaiserlichen Auflösungsorder erklärt hatte: „Wir sind keine Bückeburger!", unternahm es jetzt, sich als Sr. Majestät allergetreueste Schutztruppe anzupreisen. Und Mitglieder und Organe des Zentrums haben dieses System auch weiter beibehalten: je mehr und je niederträchtiger sie auf den Reichskanzler schelten, desto eifriger suchen sie durch Byzantinismus das Ohr des Herrschers zu gewinnen. Wie aber verträgt sich diese plötzlich aufgetauchte demonstrative Loyalität mit der Tatsache, daß das Zentrum gerade in den entscheidenden Fragen die Politik des Kaisers bekämpft, indem es jeden Versuch einer Durchkreuzung der preußischen Ostmarkenpolitik, die der König von Preußen wiederholt als eine große deutsche Aufgabe seiner Regierung feierlich proklamiert hat, aufs bereitwilligste unterstützt, und indem es weiter kein Mittel unversucht läßt, um die Reichsfinanzreform scheitern zu lassen, für die der Kaiser sich mehrfach in mahnender Rede eingesetzt hat und die noch in Venedig Gegenstand der Besprechungen zwischen Kaiser und Kanzler gewesen ist! Noch manches andere Stück könnte man von der „ehrlichen" Mitarbeiterschaft des Zentrums erzählen. So wenn es, kurz bevor das Wertzuwachssteuer-Projekt erschien, mit der Forderung hervortrat, daß nicht ein Fünftel und nicht ein Viertel, sondern die Hälfte des neuen Steuerbedarfs auf den Besitz gelegt werden müsse. Jetzt ist von dieser Forderung mit keinem Sterbenswörtchen mehr die Rede! Und in ähnlicher Weise hat das Zentrum seinen Standpunkt zur Erbschaftssteuerfrage wiederholt geändert, je nach der politischen Opportunität. So sieht die Ehrlichkeit, so die Loyalität, so die Selbstlosigkeit des Zentrums aus! Danach wird man wissen, was man von der Behauptung des Herrn Dr. Julius Bachem, daß das Zentrum unanfechtbare, rein sachliche Mitarbeit leiste, zu halten hat. Mit einer so ungescheuten, rücksichtslosen Interessenpolitik hat sich das Zentrum aufs neue einer schweren nationalen Versündigung schuldig gemacht. Die vaterländische Pflicht der Blockparteien, nochmals einen ernsten Versuch der Verständigung zu machen, um die verbündeten Regierungen vor dem unwürdigen Zwange zu bewahren, daß sie die Ordnung des Reichsfinanzwesens aus den Händen des herrisch- und rachsüchtigen Zentrums entgegennehmen müssen, kann nicht wirksamer und plastischer allgemein zum Bewußtsein gebracht werden als auf dem Hintergrunde der antinationalen und kraß eigensüchtigen Zentrumstaktik.

Neueste Drahtmeldungen vom 8. Mai.

Zur Reichsfinanzreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt in ihren Rückblicken: In der großen Frage, die die Gemüter aller Deutschen beschäftigt, ob es gelingen werde, die Finanzreform noch in diesem Sommer zu Stande zu bringen, ist ein wesentlicher Fortschritt während der letzten Wochen nicht festzustellen. Die politische Situation ist unverändert und ein Ausweg aus den sich türmenden Schwierigkeiten noch nicht zu erkennen. Die Finanzkommission des Reichstages hat während der letzten Woche energisch gearbeitet, das Branntweinsteuergesetz zu Ende geführt und auch die Beratungen der aus der Subkommission zurückgelangten Weinsteuer noch erledigt. Leider entsprechen die positiven Ergebnisse nicht den gehegten Erwartungen. Es sei ganz davon abzusehen, ob die Neuregelung der Branntweinsteuer den verschiedenartigen in Frage kommenden Interessen in der richtigen Weise entgegenkommt. Festzustellen ist aber, daß auch das finanzielle Erträgnis nicht unwesentlich hinter dem zurückbleibt, was in dem Reformplane angesetzt war und die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages gefunden hatte. Durch die Festsetzung der Verbrauchsabgabe auf 1,15 Mark innerhalb und 1,35 Mark außerhalb des Kontingents, sowie die Abführung von 10 Millionen Mark an den Denaturierungsfonds ist der Ertrag von 100 Millionen Mark wenigstens für die ersten Jahre der Geltung des Gesetzes auf etwa 85 Millionen herabgemindert worden. Die Weinsteuer war mit 20 Millionen Reinertrag für die Reichskasse vorgesehen bis auf die Erhöhung der Schaumweinsteuer und des Zolles ist sie ganz gestrichen worden, was wieder etwa 15 Millionen Ausfall bedeutet. Es hat sich daher auch bei diesen Beratungen ein Fehlbetrag von rund 30 Millionen Mark ergeben. Was die Finanzkommission hier an den Einnahmen strich, hat zur selben Zeit die Budgetkommission auf der anderen Seite an den Ausgaben zugesetzt. Die von der Budgetkommission beschlossene Erhöhung der Beamtengehälter bedeutet eine Steigerung des Reichsaufwandes für diese Zwecke um über 26 Millionen Mark. So sehr eine Aufbesserung der Beamtengehälter allen gesetzgebenden Faktoren am Herzen liegt, so sehr muß dieser Beschluß bedauert werden. Er steht im Widerspruch zu dem von den verbündeten Regierungen proklamierten und von der gesamten öffentlichen Meinung mit nachdrücklicher Zustimmung aufgenommenen Grundsatze, daß keine neuen Ausgaben ohne entsprechende Einnahmen bewilligt werden dürften. Es ist die feste Ueberzeugung aller, die um das Wohl des Reiches besorgt sind, daß mit dem bisherigen Verfahren, ständig neue Ausgaben einzusetzen und dabei die Reichseinnahmen in ihrem Stande zu belassen, gebrochen werden muß. Nur unter die-